

Hinsichtlich der Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Verfassung herrscht bei den Parteien des Landtags, mit Ausnahme der Linkspartei, weitgehend Konsens. Man müsse Einsparungen vornehmen, um künftige Schulden zu verhindern und das Bundesland handlungsfähig zu halten.

Bei einer Diskussion zum Thema Schuldenbremse am 09. März in Wiesbaden sprachen Vertreter von Parteien über ihre Vorstellungen zum Vorgehen nach Einführung der Schuldenbremse.

Die CDU ist der Ansicht, dass in Zukunft alle Ausgaben des Landes bezüglich ihrer Effizienz überprüft werden müssen. Man müsse schauen, ob bei den einzelnen Ressorts eingespart werden könne. Der Auftrag Einnahmen und Ausgaben zu kontrollieren sei auch immer schon da gewesen, nur habe bisher immer die Kraft gefehlt, um dies genau durchzuführen. Allein deswegen solle die Schuldenbremse auch in die Verfassung aufgenommen werden.

Seitens der FDP sieht man das Potenzial in der Wirtschaftsleistung des Landes. Eine Stärkung der marktwirtschaftlichen Mechanismen soll wirtschaftliches Wachstum erzeugen und damit die Einnahmen verbessern. Die Schuldenbremse sei auch notwendig, damit nicht wie bisher einfach weiter Schulden gemacht werden könnten.

Den hessischen Grünen geht es bei der Schuldenbremse vor allem um Nachhaltigkeit und ein Ende der Schulden. Einnahmen sollen in Zukunft nur ohne Schulden aufzunehmen beschafft werden und zusätzlich sollen die Steuern gerechter verteilt werden als bisher.

Nach Ansicht der Grünen soll die Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen werden, da die Gefahr besteht, dass andere Mehrheiten im Landtag diese Regelung sonst wieder ändern könnten.

Die Linke in Hessen, stimmte als einzige Partei bereits gegen die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung. Man befürchtet Einsparungen im Bereich der Bildung. Auch sonst sieht die Linke wenig Einsparpotenzial, vielmehr müsse die Einnahmenseite verbessert werden und das auch durch eine Änderung der Steuerpolitik.

Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, dass zwar die Mehrheit der Parteien für die Schuldenbremse ist. Allerdings herrscht Uneinigkeit darüber, wie die genaue Umsetzung der Regelung aussehen soll. Zwar betonen alle Parteien, dass man Einnahmen und Ausgaben ausgleichen soll, dass eingespart werden müsse und die Einnahmen gesteigert werden sollen. Konkrete Pläne zur Durchführung dieser Maßnahmen wurden von den Parteien aber nicht vorgestellt.